

Fragenkatalog an die Direktkandidat*innen des Wahlkreises 006



Der Jugendverband Neumünster und der KJR Plön sowie der Holsteinische Courier hat in Kooperation mit politisch engagierten Jugendlichen Themen und Fragen zur Wahlsendung am 9.9. gesammelt, die wir Ihnen hiermit übermitteln wollen. Bitte senden Sie den ausgefüllten Bogen bis spätestens zum **3.9.** zurück.

Name (Partei): Gabi Gschwind-Wiese, DIE LINKE.

Frage 1: Was macht Sie als Person aus und warum kandidieren Sie?

Ich kann Ungerechtigkeiten nicht ab, ich mag's nicht, wenn man Menschen etwas vorenthält oder sie von etwas willkürlich ausschließt, ohne plausiblen Grund. Ins Politische übersetzt: Für mich ist Aufgabe von Politik, Weichen so zu stellen, dass Teilhabe und Teilnahme für alle möglich ist. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir nur im solidarischen Miteinander eine gute Zukunft hinbekommen werden, nicht im Gegeneinander und nicht mit Ausgrenzungen.

Was auch typisch für mich ist, ich bin neugierig. Ich halte Neugier für eine der wichtigsten menschlichen Eigenschaften überhaupt, also im Sinne von sich austauschen zu einem Thema, zu anderen An- und Weltansichten, Ideen, wie man etwas verbessern, lösen kann. Und ich finde, für gute Politik braucht es zwingend Neugierde.

Ich kann mit „Obrigkeit“ wenig anfangen. Also „Hierarchien“ akzeptiere ich nur, wenn es einen wirklich vernünftigen Grund dafür gibt, bspw. weil die Frage der Organisation / Verantwortung geklärt sein muss.

Im Wahlkreis haben wir zwei Kreisverbände. Von beiden wurde die Bitte an mich herangetragen, zu kandidieren. Nach dem, was ich oben geschrieben habe, ist es glaube ich klar, warum ich bei der Linken bin + auch, warum ich mich jetzt sehr gerne für die Linke zur Wahl stelle. Sollte ich das Mandat gewinnen, dann würde ich es selbstredend antreten. Das wäre dann aber schon eine kleine Revolution ;)

Frage 2: Wie werden Sie für Ihren Wahlkreis in Berlin eintreten und welche konkreten Projekte würden Sie voranbringen.

1. NMS hat eine hohe Fallzahl im Bereich Kinderarmut, dem würde ich mich besonders annehmen wollen. Herkunft darf sich nicht dermaßen entscheidend auf Biografien auswirken, wie sie das noch immer tut - etwa (Aus)Bildungslaufbahn / Berufswahl.

Dagegen hilft: Kindergrundsicherung als eigenständiger Anspruch aller jungen Menschen, Kinderrechte ins Grundgesetz, aber auch bspw. Mindestlohn bzw. grundsätzlich die Abschaffung des sogenannten „Niedriglohnssektors“ und einiges mehr, was schlicht die Einkommenssituation der Eltern verbessert.

2. Im ländlichen Kreis Plön steht eher die Frage der Mobilität im Vordergrund, in der Stadt, aber auch im Landkreis ist die Frage nach bezahlbarem Wohnraum dringend zu lösen - Im Kreis Plön wird mehr und mehr Wohnraum in Ferienimmobilien umgewandelt.

Zu Mobilität s. Antwort zu Frage 10.

Zum Thema Wohnraum: Derzeit fehlen mehr als 5 Mio bezahlbare Wohnungen bundesweit. Wir wollen u.a. 15 Mrd. Euro jährlich in ein Wohnungsbauprogramm stecken, was speziell den sozialen Wohnungsbau antreiben soll (kommunal oder genossenschaftlich). Dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, sollen Mietwohnungen nicht mehr als Ferienwohnungen angeboten werden dürfen, bis sich die Lage entspannt hat. Und natürlich: Mietendeckel.

3. Was auch vielerorts fehlt, sind Treffpunkte, ohne Konsumzwang, an denen sich Menschen begegnen können. In meiner Gemeinde (sieben Dörfern) gibt es keinen einzigen „Dorfkrug“ mehr, nirgends mehr einen belebten Dorfplatz. Das ist für das Zusammenleben und den Zusammenhalt vor Ort aber essenziell. Auch im Stadtteil.

Abhilfe: Wir wollen die Kommunen so gut mit Finanzen ausstatten, dass vor Ort finanzieller Spielraum geschaffen wird für ein Gemeindehaus, oder einen Bolzplatz, ein Jugendzentrum oder Sitzbänke rund um den Dorfteich, etc. .

So ziemlich alle Direktkandidat:innen des WK 06 wollen sich für eine schnelle Reaktivierung der Bahnstrecke Plön – Neumünster stark machen. Ich auch. Das Projekt würde perfekt zu unserem Ausbauziel Bahn passen, ebenso die weitere zu reaktivierende Bahnstrecke im WK 06: Lütjenburg - Bad Malente.

Noch ein „Spezial-Thema“: Munitionsaltlasten im Meer. Besonders viel davon lagert vor der Küste des Kreises Plön. Das muss aus dem Wasser, ehe die Minen, Torpedos u.a. in größerer Anzahl durchrosten und ihr Inhalt (Sprengstoffe sind hoch krebserregend) in die Nahrungskette gerät. Dass es hierbei vorwärts geht, wäre mir auch wirklich ein sehr großes Anliegen.

Frage 3: Wo findet man in unserem Wahlkreis den besten Döner?

Minuspunkt: Ich weiß es nicht ☹. Beim Döneressen neige ich sehr zum Kleckern, deshalb hol ich mir eher eine Heißwecke unterwegs – die besten gibt's bei der Bäckerei Blöcker in Schönkirchen. Im Schnitt ein-, zweimal im Monat gibt's bei uns am Abend Döner. Der kommt dann aus der Niederstraße in Lütjenburg und schmeckt gut!

Frage 4: Wie lauten Ihre Ziele und Vorschläge für einen besseren Klima- und Umweltschutz?

Wir wollen die Energiewende schnellstmöglich und sozial gerecht, Klimaneutralität bis 2035 durch klare Regeln und massive öffentliche Investitionen:

Sofort alle noch laufenden AKWs abschalten. Atomausstieg ins GG. Konzerne zahlen Rückbau. Keine Förderung von Atomkraft im Ausland durch öffentliche Banken. Kohle-/ Erdgasausstieg spätestens 2030. Transformationsräte sollen den Strukturwandel begleiten, damit er nicht zu Lasten der dort Beschäftigten geht.

Deutlich höhere Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren. Dadurch können bis 2030 regional an die 100.000 gut bezahlte Jobs entstehen.

Große Energiekonzerne, Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen, alle klimaschädlichen Subventionen und Industrierabatte abbauen. Förderprogramme für möglichst vollständige energetische Modernisierung von Gebäuden ohne Mehrkosten für Mieter:innen bis 2035. Solaranlagen verpflichtend auf Neubauten.

Verkehrswende: Weg vom Individualverkehr, nicht einfach Stromer statt Verbrenner, sondern zu Fuß gehen, Fahrrad, ÖPNV + Bahnfahren attraktiv machen.

Straßenverkehr: Autoprivilegien streichen. Keine Kurzstreckenflüge.

Landwirtschaft: Muss biologische Vielfalt, Klima und natürliche Lebensgrundlagen schützen. Subventionen künftig an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren, nicht mehr an der Fläche. Exportsubventionen stoppen. Höhere Erzeugerpreise. Gerechte Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette, damit die Preise für die Endverbraucher bezahlbar bleiben.

Ökolandbau auf 25% der Agrarfläche bis 2030 ausbauen, generell nur noch klimagerechte Tierhaltung. Massentierhaltung verbieten.

EU-Agrarpolitik grundlegend reformieren: Direktzahlungen konsequent an wissenschaftlich fundierten Umwelt- und Sozialkriterien und Tierschutz binden.

Nutzung von Böden ökologisch nachhaltig, Neuversiegelung deutlich verringern.

„Meeresoffensive“: Überfischung stoppen, effektiver Schutz mariner Arten und Lebensräume. Meeresschutzgebiete erhalten, ausbauen, mindestens 50% davon aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen.

Natura-2000-Gebiete in Nord und Ostsee: Keine militärische oder wirtschaftliche Nutzung mehr. Nur noch nachhaltige Fischerei erlauben, keine Schleppnetze. Militäraltlasten an Land und in Gewässern (Binnenseen, Meere) beseitigen.

Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben: Erhalt und Wiederherstellung naturnaher Strukturen an Seen und Flüssen, Reduzierung des Schadstoffeintrags (Düngemittel, Pestizide – Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz wirkungsvoll umgestalten, Glyphosat und Neonikotinoide ganz verbieten), Auen und Mooregebiete erhalten, renaturieren und Grund- und Oberflächenwasser besser schützen.

Alle natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die Gelder stattdessen in Natur- und Umweltprogramme zu investieren. UN-Konvention zur biologischen Vielfalt umsetzen inkl. bundesweites Biodiversitätsmonitoring als Basis für mehr Naturschutz auf allen Ebenen. Naturschutz- und Biodiversitätsziele in alle Politikbereiche integrieren, Kontrollbehörden stärken (finanziell und personell). Mehr Biotopenverbünde und mehr Wildnisentwicklung.

Frage 5: Corona hat die Schwächen unseres Bildungssystems und der Digitalisierung im Land aufgezeigt. Wie sehen hier zeitnahe Lösungen aus?

Wir wollen grundsätzlich, dass Datensouveränität und digitaler Zugang einklagbare soziale Grundrechte werden. Alle sollen das Recht auf einen schnellen Internetzugang haben, auch auf dem Land.

Wir fordern Lehrmittelfreiheit für Bücher und digitale Endgeräte. Allen Schüler:innen, aber auch allen Lehrkräfte wollen wir ein eigenes digitales Endgerät zur Verfügung stellen und freie Software (Open Educational Resources damit keine Abhängigkeiten von Digitalkonzernen).

Wir fordern einen leistungsfähigen Breitbandanschluss und WLAN für alle Schulen + eine Digital-Offensive für Bildung, also Geld für Infrastruktur, Hardware (bspw. Smartboards), Software, Plattformen und Personal – Schulen brauchen auch Personal, das sich allein ums Digitale kümmert (Sicherheit und Funktionsfähigkeit), Schüler:innen muss Unterstützung bei der Benutzung der Technik angeboten werden.

Gute Software kann Lernen unterstützen, aber nicht gut ausgebildete Lehrkräfte oder das gemeinsame Lernen in der Klasse ersetzen. Lernsoftware muss in didaktische Konzepte eingebettet sein, mit ihr allein findet kein Lernen statt.

Deshalb müssen Lehrer*innen fortgebildet werden für den Einsatz digitaler Lehrmitteln, aber auch um Schüler:innen in einer zunehmend digitalen Gesellschaft zu befähigen, Fake News zu erkennen, für die Gefahr von Filterblasen zu sensibilisieren, einen sicheren Umgang mit Daten und den Schutz der eigenen Privatsphäre zu lernen. Ziel sind mündige Bürger:innen in einer digitalen Welt. Die Ausbildung der Lehrkräfte muss entsprechend erweitert werden.

Digitaler Unterricht bzw. der Einsatz digitaler Medien darf aber nicht zum Ersatz für fehlende Lehrkräfte werden! Wir fordern 100.000 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen.

Wir wollen ein Bundesbildungsrahmengesetz. Regionale Besonderheiten müssen für Bildung nutzbar bleiben, aber eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung gehört ins Grundgesetz, also Bund, Länder und Kommunen finanzieren gemeinsam und kümmern sich gemeinsam.

Frage 6: Was sagen Sie unserer Generation mit Blick auf die Rente und was sind ihre Vorstellung zur Steuerpolitik?

Rente wird zukunftsfest:

2001 wurde das Ziel einer Lebensstandardsicherung alleine durch die gesetzliche Rente aufgegeben, die Lücke sollte durch freiwillig abgeschlossene Riesterverträge u.ä. geschlossen werden. Der Plan ist gescheitert.

Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben (Niveau vor 2001), damit die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard im Alter absichert.

In Riester-Verträgen angesparte Vorsorge soll in die gesetzliche RV überführt werden können.

Wir wollen die Rentenversicherung in eine echte Erwerbstätigenversicherung umbauen, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Politiker und Beamte.

Unsere Vorschläge sind finanzierbar, siehe Österreich. Der Beitragssatz müsste nur auf 20,6 Prozent angehoben werden (heute 18,6 Prozent), das würde den Beitrag im Durchschnitt pro Monat um 34 Euro anheben.

Das Renteneintrittsalter wollen wir auf 65 Jahre senken, bzw. nach mindestens 40 Beitragsjahren kann man auch ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen.

Gerechte Steuerpolitik:

Einkommensteuer: Kleine und mittlere Einkommen entlasten, hohe Einkommen stärker belasten. Grundfreibetrag, von gegenwärtig 9.984 Euro auf 14.400 Euro. Wer 1.200 Euro monatlich oder weniger verdient, muss keine Steuern mehr zahlen (derzeit 832 Euro). Alle Einkommen bis zu einer Grenze von 6.330 Euro im Monat (ca. 76.000 Euro im Jahr) würden entlastet.

Den Spitzensteuersatz wollen wir auf 53 Prozent erhöhen und wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent für Einkommen oberhalb der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.

Vermögenssteuer: Auf Vermögen ab einer Million Euro wird eine progressive Steuer erhoben. Diese Steuer beginnt bei 1 Prozent, bei Vermögen von über 50 Millionen erreicht sie 5 Prozent. Die erste Million ist ebenso freigestellt wie Betriebsvermögen bis fünf Millionen. Betriebsnotwendiges Vermögen würde freigestellt, damit kleine Unternehmen nicht in ihrer Existenz gefährdet werden.

Erbschaftsteuer für große Vermögen: Wir wollen die existierenden Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen abschaffen und die Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt davon freigestellt. 8 –10 Milliarden Euro an Mehreinnahmen können so erzielt werden.

Wir wollen eine einmalige Vermögensabgabe (Nettovermögen über 2 Mio) zur gerechten Verteilung der Krisenlasten, die in Raten über 20 Jahre abbezahlt werden kann.

Frage 7: Was sind, Ihre persönlichen Meinung nach, die drei wichtigsten Forderungen aus dem Wahlprogramm Ihrer Partei?

1. Steuergerechtigkeit: untere und mittlere Einkommen spürbar entlasten, hohe Einkommen stärker beteiligen, Konzerne, Millionenerbschaften und Millionär:innen angemessen an der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben beteiligen.
Politik spricht oft darüber, wo gespart und gekürzt werden soll, aber nicht darüber, wo auf Einnahmen verzichtet wird, weil Reichtum geschont wird, statt ihn ausreichend zu besteuern. Will man eine gute, am Gemeinwohl orientierte Politik machen, müssen die mehr abgeben, die mehr als genug davon haben.
2. Menschen die Existenzangst nehmen: 1200 Euro für jede erwachsene Person als sanktionsfreie Mindestsicherung, solidarische Mindestrente oder monatlich steuerfrei.
3. Klimaneutralität bis 2035. Sonst saufen wir buchstäblich ab.

Frage 8: Was planen Sie für jüngere Generationen zu machen?

In Deutschland bestimmen die Verhältnissen im Elternhaus mehr über die Zukunftschancen junger Menschen als in vielen anderen Ländern. Kinder und Jugendliche leiden besonders unter dem Sozialabbau im Bereich der öffentlichen und sozialen Infrastruktur. Die vor der Pandemie vorhandenen Defizite sind dabei noch größer geworden. In D ist aktuell jede*r vierte Jugendliche*r von Armut bedroht.

Es braucht eine gute soziale Infrastruktur mit gebührenfreier Betreuung und einer armutsfesten Kindergrundsicherung mit einer Kindergelderhöhung auf 328 Euro - einkommensabhängig bis 630 Euro.

Wir wollen eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle und einen Rechtsanspruch auf Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche. Dieser Anspruch beinhaltet die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und den Zugang zu Frei- und Hallenbädern, Angeboten der Jugendhilfe und Kultur- und Bildungseinrichtungen für Kinder. Bildung muss gebührenfrei sein von der Kita bis zur Universität. In Schule und Kita sollen kostenfreie hochwertige Mahlzeiten Standard sein.

Wir wollen Schulsozialarbeit in allen Schulen.

Die finanzielle Situation vieler Studierender und Auszubildender muss dringend verbessert werden. Zudem hat die Coronakrise Studierende die ihr Vollzeitstudium über Nebenjobs finanzieren hart getroffen.

BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung finanzieren. Wir wollen ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies und bedarfsgerechtes BAföG. Insbesondere die Wohnpauschale muss deutlich erhöht werden. Der BAföG-Fördersatz muss regelmäßig und automatisch an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden. Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale, durchschnittliche Studiendauer anpassen. Ziel des BAföG muss es wieder sein, Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten eine freie Wahl bei der weiterführenden Bildung zu ermöglichen.

Kinderarmut ist auch immer Einkommensarmut der Eltern. Deswegen kämpfen wir gegen Niedriglohn und für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt.

Frage 9: Wie sieht unser Leben nach Corona aus?

Das hängt ganz entscheidend von der jetzigen Wahl und der kommenden Regierung ab. Wenn wir aus Corona lernen, dass eine Gesellschaft mit Krisen nur gut umgehen kann, wenn alle in der Lage sind, damit gut umgehen zu können, wenn wir also „umfairteilen“, einen starken Sozialstaat aufbauen und maximal ins Gemeinwohl investieren, dann wird's besser und wir können „Corona“ als Kapitel hinter uns lassen, aus dem wir unsere Schlüsse gezogen haben. „Weiter so“ wäre unklug. Finde ich ;)

Frage 10: Wie lässt sich der ÖPNV im Wahlkreis verbessern?

Er muss mittelfristig kostenlos werden, die Takte müssen verdichtet werden und wir brauchen eine Mobilitätsgarantie wie in der Schweiz. Dort ist jeder Ort über 100 Einwohner:innen mindestens einmal die Stunde per ÖPNV erreichbar. Wir brauchen Investitionen in den Busverkehr (Bund gibt dafür Ländern und Kommunen Geld) und genügend Parkplätze an allen Bahnhöfen, um park and ride zu fördern. Der ÖPNV muss schnellstens überall barrierefrei werden. Auf dem Land wollen wir den ÖPNV durch Rufbusse ergänzen, die immer eine bestimmte Strecke fahren und angerufen werden können, wenn mindestens 5 Leute zusammen kommen.

Frage 11: Was ist Ihre Einstellung zu gendgerechter Sprache im öffentlichen Raum?

Möchte ich haben; nur wenn alle mitbenannt werden, sind auch alle gemeint und werden alle mitgedacht. Sprache schafft Bewußtheit.